

Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Montag, den 23.09.2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Ratsherr Thorsten Dinkela

Beigeordnete

Beigeordnete Sandra Flake

Beigeordneter

Beigeordneter Peter Winkelmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Marco Gravili

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Ratsherr Karsten Wussow

Vertreter

Ratsherr Guido Franke

von der Verwaltung

Herr Mario Stellmacher

Herr Thorsten Laugwitz

Herr Uwe Mönkemeyer

Herr Thomas Otte

Herr Bjarne Allruth

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Abwesend:

Mitglied

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung

Herr Dinkela eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest, wobei übereinstimmend der TOP 3 (Flüchtlingslage) entfällt, da davon ausge-

gangen wird, dass Herr Beushausen in der am 26.09.2024 anstehenden Ratssitzung ausführlich über die Flüchtlingssituation berichten wird.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 28.05.2024

Das Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses am 28.05.2024 wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Bericht über die aktuelle Flüchtlingsslage

entfällt

4. Einwohnerfragestunde

Da keine Bürger*innen anwesend sind, werden keine Fragen gestellt.

5. Annahme von Zuwendungen gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in Höhe von insgesamt 4.208,44 €

Vorlage: 381/XIX

Herr Dinkela nimmt kurz auf die Vorlage Bezug. Sodann ergeht folgender Beschlussvorschlag für den Verwaltungsausschuss der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Verwaltungsausschuss der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die Annahme der Zuwendungen

1. der Frau Hiltrud Bachmann über 1.000,00 € zugunsten des Spielplatzes in Röllinghausen,
2. der CDU Alfeld über 350,00 € zugunsten des Spielplatzes in Langenholzen,
3. der Firma Thalia Bücher GmbH für die Leseförderung in Höhe von 250,00 €,
4. der Elternschaft der KiTa „Eulennest“ in Höhe von 1.289,94 €,
5. der Bürgerstiftung Alfeld zugunsten der Kindertagesstätten „Schlesische Str.“, „Eulennest“ und „Lützwowstr.“ für das Projekt KIGAMAMU in Höhe von insgesamt 1.318,50 €“

-einstimmig-

6. Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2024

Vorlage: 395/XIX

Herr Laugwitz erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass durch die Reduzierung der Mittel im Budget der Straßenreinigung und im Budget des Bauhofes die Finanzierung dieser überplanmäßigen Aufwendung gesichert sei.

Herr Stellmacher ergänzt, dass die Kosten für jeglichen Bodenaushub grundsätzlich schwer kalkulierbar seien, da die Grenzwerte für Bodenkontaminationen sehr schnell erreicht würden und somit hohe Entsorgungskosten anfielen. Jeder Bodenaushub müsse kontrolliert werden und man wisse nie, was einen erwarte.

Herr Gravili fragt, wieso die Kostendeckung aus dem Bereich der Straßenreinigung entnommen würde, es handele sich bei der Straßenreinigung um einen gebührengedeckten Bereich.

Herr Laugwitz antwortet, dass es sich hier zwar um Kosten der Straßenreinigung handele, jedoch nicht aus dem gebührengedeckten Haushalt. Auf die Bürger habe dies keine Auswirkung.

Es ergeht folgender Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) stimmt der überplanmäßigen Aufwendung im Budget 53 ERG Grünflächen, Feldwege über 40.000,- € zu. Die Finanzierung erfolgt über Ansatzreduzierungen im Budget 52 ERG Straßenreinigung um 30.000 € und im Budget 54 ERG Bauhof um 10.000 €“

7. Haushaltssicherungsbericht 2022 - 2023

Vorlage: 385/XIX

Unter Bezugnahme auf die Vorlage erklärt Herr Laugwitz ausführlich die Notwendigkeit der Abgabe eines Haushaltssicherungsberichtes. Dieser Bericht bestehe aus zwei Teilen, und zwar einer Übersicht der in dem jeweiligen Haushaltsjahr gesteckten Gesamtkonsolidierungszielen, verglichen mit dem tatsächlichen Erfolg und einer Übersicht der einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen aus dem jeweiligen Jahr des jeweiligen Haushaltssicherungskonzeptes. Diese Schwerpunkte des Berichtes stellt Herr Laugwitz stichpunktartig dar.

Zusammenfassend könne man sagen, dass zufriedenstellende Konsolidierungserfolge erzielt wurden und die Maßnahmen tatsächlich auch umgesetzt wurden. Dieser Bericht müsse in den nächsten Jahren fortgeschrieben werden

8. Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2025 und den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2026 - 2028

Vorlage: 386/XIX

Auch diese Vorlage wird von Herrn Laugwitz ausführlich erläutert. Er weist dabei darauf hin, dass auch das Haushaltssicherungskonzept weiter fortgeschrieben werden müsse. Spätestens mit der Haushaltssatzung sei es vom Rat der Stadt Alfeld (Leine) zu beschließen und der Kommunalaufsicht vorzulegen. Zunächst haben die Fachausschüsse die Möglichkeit über weitere Einsparmaßnahmen zu entscheiden. Seitens der Verwaltung wird die Erhebung von Aval-Zinsen für übernommene Bürgschaften vorgeschlagen.

Herr Laugwitz stellt klar, dass die Einnahmen der Stadt Alfeld (Leine) nicht ausreichen, um die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Aus eigener Kraft sei es im Moment nicht möglich, positive Haushaltsergebnisse zu erzielen.

Er macht abschließend deutlich, dass die Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzungen bei den Haushaltsplanungen stets oberste Priorität haben müsse.

Herr Dinkela bringt zum Ausdruck, dass bei Addition des derzeitigen Defizits im Jahr 2028 die Hälfte des Konsolidierungsbedarfs erreicht sei. Dies betreffe die Schulden der letzten 5 Jahre.

9. Auswirkungen der Grundsteuerreform; Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B ab dem Jahr 2025

Vorlage: 389/XIX

Bezüglich der anstehenden Grundsteuerreform berichtet Herr Laugwitz, dass diese für die Kommunen aufkommensneutral verlaufen solle. Nach dem derzeitigen Stand werde sich der Hebesatz für die Grundsteuer B für die Stadt Alfeld (Leine) wahrscheinlich senken und der für die Grundsteuer A erhöhen. Die Grundsteuereinnahmen im laufenden Jahr lägen 120.000 € über dem Haushaltsansatz. Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) werde daher gebeten, den aktuell zum Soll gestellten Steuerbetrag aus diesem Jahr als Grundlage zur Berechnung der Grundsteuer für das Jahr 2025 in Ansatz zu bringen.

Herr Dinkela stellt fest, dass zwischen Plan und Soll eine Differenz zugunsten der Stadt in Höhe von 120.000 € läge. Mit dieser Summe müsste der Ansatz ansonsten gesenkt werden.

Herr Franke weist darauf hin, dass beim Finanzamt viele Widersprüche vorlägen, so dass längst nicht alle Verfahren abgeschlossen seien. Er möchte wissen, wie mit diesen Fällen umgegangen wird.

Herr Laugwitz antwortet, dass dies in der Hand des Finanzamtes läge. Die Stadt habe darauf keinen Einfluss.

Herr Dinkela ergänzt, dass Rechtsmittel gegen das Finanzamt erhoben werden müssten, nicht gegen die Stadt.

Herr Laugwitz betont, dass eine Punktlandung nicht möglich sei. Die Vorlage werde sich noch ändern, sobald weitere Zahlen des Finanzamtes vorlägen. Er empfiehlt, die Hebesätze anhand der bisherigen Soll-Stellungen zu ermitteln und die Berechnungen nach § 7 Abs. 1 NGrStG nachrichtlich mitzuteilen. Die Fraktionen werden über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten.

10. Haushaltsplanentwurf 2025; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2026 - 2028 Vorlage: 387/XIX

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf stehen ordentlichen Erträgen in Höhe von 43.745.600 € ordentliche Aufwendungen von 50.222.500 € gegenüber. Das ordentliche Ergebnis beläuft sich damit auf rd. minus 6,5 Mio €.

Herr Laugwitz stellt nachfolgend die Eckdaten des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2025 unter Hinweis auf die Informationsvorlage Nr. 387/XIX vom 16.09.2024 vor:

Verantwortlich für das wiederum hohe Defizit seien nur wenige Faktoren:

Die von den Energieversorgern in Rechnung gestellten Abschlagszahlungen für das Jahr 2024 sind auch die neuen Ansätze für das Jahr 2025. Die konkrete Schlussabrechnung für das Jahr 2024 mit den damit verbundenen Einsparungen und den dann sich neu ergebenden Abschlagszahlungen erfolge erst Anfang des Jahres 2025. Die Aufwendungen, insbesondere für Strom, haben leider noch immer nicht das Niveau erreicht, welches vor dem Ukraine-Krieg üblich war.

Der Personalaufwand (inkl. Versorgungsaufwendungen) wird auf insgesamt 19,6 Mio. € festgesetzt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies erneut eine Steigerung der Gesamtaufwendungen um rd. 1 Million €.

Die Bauunterhaltung der städtischen Liegenschaften und Gebäude erfordern Mittel in Höhe von rd. 815.000 €.

Das Defizit aus dem Betrieb des 7 Berge Bades steigt in diesem Jahr auf 2,1 Millionen € an.

Deutliche Veränderungen bei den Erträgen und Aufwendungen gibt es sowohl bei den Transferaufwendungen als auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen. Diese Veränderungen ergeben sich im Wesentlichen aus den noch immer laufenden Verhandlungen zum Kindergartenvertrag. Die Abrechnungssystematik aus dieser Vereinbarung solle grundlegend geändert werden. Der Haushaltsplan 2025 bildet die geänderte Vertragssituation insofern ab, dass sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse des Landkreises Hildesheim aus dem Kindergartenvertrag selbst entfallen und zum Ausgleich die Kreisumlage erheblich gesenkt wird. Hier verspricht sich die Stadt Alfeld (Leine) zwar eine hohe sechsstellige Verbesserung, zu einer vollständigen Kostendeckung im Bereich der Kindertagesbetreuung wird dies allerdings bei weitem nicht führen.

Dieser Bereich wird weiterhin hohe Defizite im Haushaltsplan dauerhaft verursachen. Da der Kindergartenvertrag noch nicht schlussverhandelt ist, könnte es im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch geschehen, dass sowohl bei den Erträgen als auch bei den Transferaufwendungen andere Werte im Haushaltsplan veranschlagt werden.

Hinsichtlich der Steuereinnahmen teilt Herr Laugwitz mit, dass der Hebesatz für die Gewerbesteuer unverändert 430 % betragen soll. Ebenso sollen die Hundesteuer und die Vergnügungssteuer nicht erhöht werden.

Die Grundsteuerreform soll im Jahr 2025 ertragsneutral umgesetzt werden. Insofern werden die Hebesätze in der Haushaltssatzung bis zur Ratssitzung im Dezember 2024 noch angepasst.

Weiter berichtet Herr Laugwitz zur Kassenlage, dass trotz des Erhalts der Bedarfszuweisungen für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 5 Mio. € erneut das maximale Liquiditätsvolumen von 29 Mio. € in der Haushaltssatzung stehen muss.

Der Grund dafür sei, dass der Haushalt der Stadt Alfeld (Leine) noch immer nicht in der Lage sei, die Liquiditätskredite dauerhaft zurückzuführen, weil die Auszahlungen die Einzahlungen mit voraussichtlich 3 Mio. € überschreiten.

Die geplanten Investitionen im Jahr 2025 betragen rd. 6,7 Mio. €. Diesen Auszahlungen stehen ca. 1,8 Mio. als Einzahlungen gegenüber. Die restlichen Mittel in Höhe von 5 Mio. zur Finanzierung der Investitionen sind aus Krediten zu erbringen.

Die von der Kommunalaufsicht geforderte Netto-Neuverschuldung = 0 Euro wird nach dem aktuellen Haushaltsplanentwurf nicht nur eingehalten, sondern liegt für das Jahr 2025 um 827.000 € darunter.

Herr Franke erkundigt sich nach einem „Plan B“ für den Fall, dass bezüglich des Kindergartenvertrages keine Einigung mit dem Landkreis Hildesheim erzielt werden könne.

Herr Laugwitz antwortet, dass alles so bleiben könne wie es ist, d.h. die Kreisumlage bleibt wie gehabt und Zuschüsse werden gezahlt.

Der Vertrag könnte auch gekündigt werden und der Landkreis Hildesheim übernimmt die Aufgabe der Kinderbetreuung. In diesem Fall würde die Kreisumlage erhöht.

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass nur eine teilweise Regelung erfolgt.

Herr Franke gibt zu bedenken, dass der Kindergartenvertrag derzeit eine unberechenbare Größe sei. Er gehe davon aus, dass auch einige Kommunen dagegen klagen könnten und sich die Angelegenheit weiter verzögern könnte. Im Übrigen sei der Haushalt des Landkreises ebenfalls defizitär.

Frau Flake berichtet, dass in ganz Niedersachsen kein Landkreis einen ausgeglichenen Haushalt habe.

Abschließend sagt Herr Laugwitz, dass der Haushaltsplan, wenn er so bliebe, genehmigungsfähig sein könnte. In den Fachausschüssen und in den Fraktionen möge nun intensiv beraten werden. Für Fragen stehe er gern zur Verfügung.

Auch Herr Dinkela bittet darum, die Fachausschüsse gut vorzubereiten, damit im Dezember der Haushaltsplan 2025 beschlossen werden könne. Er würde es sehr begrüßen, wenn alle Fraktionen sich gemeinsam beraten würden, damit am Ende ein gutes Ergebnis für die Stadt Alfeld (Leine) erzielt werden könne.

11. **Beteiligung der Ortsräte am Haushaltsplan 2025 und an der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2026 - 2028**

Vorlage: 388/XIX

Herr Laugwitz teilt mit, dass in den Ortsräten, mit Ausnahme von Brunkensen/Lütgenholzen Haushaltsplanberatungen stattgefunden haben. Er verweist auf die Liste über die Wünsche und Anregungen der einzelnen Ortsräte, die als Tischvorlage zu Beginn der Finanzausschusssitzung jedem Ausschusmitglied ausgehändigt wurde. Die Liste für den Ortsrat Brunkensen/Lütgenholzen wird nachgereicht.

Diese Liste sei auch im Ratsinformationssystem zu finden. Hiervon werden einzelne Wünsche in den kommenden Fachausschüssen zum Haushaltsplan noch diskutiert.

Herr Dinkela erklärt, dass abzuwarten sei, wie die Fachausschüsse über die Wünsche der Ortsräte beraten.

Der Finanzausschuss hat die Liste der in den Ortsräten für den Haushalt 2025 vorgebrachten Anträge, Anregungen und Wünsche zur Kenntnis genommen.

12. **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Laugwitz teilt mit, dass auch für das Jahr 2024 ein Antrag auf Bedarfszuweisungen gestellt wurde. Anfang August habe die Kämmerei in der Presse eine Liste der Begünstigten gefunden. Die Stadt Alfeld (Leine) war leider nicht darunter zu finden. Ein Schreiben vom 07.08.2024 an das Land Niedersachsen mit der Frage, warum Alfeld (Leine) nicht dabei sei, obwohl eine Teilnahme in Aussicht gestellt worden war, ist bislang unbeantwortet geblieben.

Die Kämmerei geht davon aus, dass die formellen Anforderungen nicht ausgereicht haben. Dennoch wird sie für das Jahr 2025 erneut einen Antrag auf Erhalt von Bedarfszuweisungen stellen.

Ferner berichtet Herr Laugwitz, dass im August 2024 ein Liquiditätskredit in Höhe von 8 Mio. € mit einem Zinssatz von 2,29 % aufgenommen wurde.

Hinsichtlich der Jahresabschlüsse berichtet Herr Laugwitz weiter, dass die Abschlüsse 2018 und 2019 dem Landkreis Hildesheim als prüfungsfähig gemeldet wurden. Ein genauer Prüfungstermin stehe noch nicht fest. Die weiteren Abschlüsse sollen zeitnah erfolgen.

Um 18:02 Uhr verlässt Herr Wussow die Sitzung

Herr Stellmacher kündigt an, dass in Kürze hinsichtlich der Städtebauentwicklung 4 Vorlagen mit umfangreichen Anlagen an die Politik versandt würden. Für die Städtebauentwicklung würden im Oktober 2024 noch Beschlüsse des Rates benötigt. Der entsprechende Bescheid kam leider erst in den letzten Tagen, so dass kurzfristiger Handlungsbedarf entstanden sei.

13. **Anfragen**

-keine-

Herr Dinkela schließt die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses um 18:05 Uhr.

(Dinkela)
Vorsitzender

(Meyer)
Protokollführerin

(Stellmacher)
Erster Stadtrat